

Deutsche Wirtschaftsdelegation fordert Gleichberechtigung in China

Die Herausforderungen in den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen häufen sich. Deutlicher als in den vergangenen Jahren brachte die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Chinareise von Bundeskanzlerin Merkel Mitte Juni deshalb ihre Forderungen bei der chinesischen Regierung vor. Das Schlagwort dabei hieß: Gleichberechtigung.

Mit dem Abflauen der Wachstumsdynamik in China treten die Asymmetrien in den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen immer klarer hervor. Während chinesische Unternehmen zunehmend in Deutschland und Europa investieren, wo sie auf ein nahezu komplett offenes Investitionsumfeld stoßen, ist deutschen Unternehmen in China ein diskriminierungsfreier Marktzugang in zahlreichen Wirtschaftsbereichen immer noch nicht gewährt. Im Gegenteil sehen sich deutsche Unternehmen in China in vielerlei Hinsicht wachsendem Druck durch die chinesische Bürokratie ausgesetzt.

Gleichberechtigung eingefordert. Gerade in dieser Situation war es für die Teilnehmer des dritten Deutsch-Chinesischen Beratenden Wirtschaftsausschusses (DCBWA) am 13. Juni in Peking von besonders hohem Wert, einen offenen und kritischen Dialog mit der chinesischen Seite führen zu können. So betonte der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Hubert Lienhard, während der offiziellen Plenarsitzung des DCBWA, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Premierminister Li Keqiang teilnahmen, »dass wir gerade vor dem Hintergrund unserer Offenheit und unserer hervorragenden Partnerschaft mit China das Recht haben, zu fordern, dass China seinerseits diese Offenheit und Freiheit als Chance für den eigenen Markt erkennt und sich in gleichem Maße öffnet«.

Bis dahin dürfte es aber noch ein weiter Weg sein. Der APA-Vorsitzende zeigte in seiner Eröffnungsansprache auf, wo die deutsche Wirtschaft eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in China erwartet. Zum Beispiel sollten Beteiligungsgrenzen für ausländische Unternehmen ebenso abgeschafft werden wie der in einigen Sektoren herrschende Zwang für ausländische Unternehmen, Joint Ventures mit

chinesischen Firmen einzugehen. Neben formalen Marktzugangsbeschränkungen kam aber auch die zunehmende Sorge über den sogenannten »versteckten Protektionismus«, etwa durch unverhältnismäßig



Erfolgreiche Kooperation funktioniert nur, wenn beide Seiten gleichberechtigt agieren können.

hohe Zertifizierungsanforderungen oder durch langwierige Zulassungsverfahren, zur Sprache. Insbesondere im IT-Sektor bahnt sich in China eine verstärkte Abschottung gegenüber ausländischen Technologieanbietern durch diskriminierende Regelungen zur Cybersicherheit an. Gerade mit Hinblick auf das große Potenzial für deutsch-chinesische Kooperationen im Bereich der Digitalisierung und Automatisierung ist dies besonders kritisch zu betrachten. Das chinesische Cybersicherheitsregime »stellt für ausländische IT-Unternehmen ein Hemmnis dar und wird deutsche Firmen davon abhalten, bei Industrie 4.0 mit China offen zusammenzuarbeiten«, so Lienhard.

Die andere Sicht verstehen. Die deutsche Wirtschaft stellte aber nicht nur Forderungen in China. Ebenso wichtig war es, Beziehungen zu pflegen, Vertrauen aufzubauen und sich mit der chinesischen Sichtweise auf die Entwicklungen in China auseinanderzusetzen. Ein zweistündiges Gespräch der deutschen Wirtschaftsdelegation im Vorfeld der offiziellen Plenarsitzung des DCBWA mit chinesischen Unternehmern, unter anderem von der ICBC, von China Railway, Baosteel und Huawei, nutzten beide Seiten für eine Vertiefung des Austausches zu Strukturwandel und Wirtschaftsreformen in China und den Herausforderungen und Möglichkeiten, die sich dadurch für chinesische wie deutsche Unternehmen ergeben.

Das Auftreten der deutschen Wirtschaftsdelegation in China wurde von der deutschen Presse überwiegend positiv bewertet. Das Handelsblatt etwa attestierte den deutschen Managern und Mittelständlern in China ein »neues Selbstbewusstsein«. Ob der deutsche Ruf nach »Reform und Öffnung« in China auch gehört wurde, muss sich aber erst noch zeigen. ■

Kontakt

APA
Asien-Pazifik-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft

Geschäftsführung China:

Ferdinand Schaff
Telefon 0151 6563 4613
F.Schaff@bdi.eu
Patricia Schetelig
Telefon 030 2028 1532
P.Schetelig@bdi.eu
www.asien-pazifik-ausschuss.de